

Kein Vorrang, keine Strategie, kein Interesse

Mit „Aufstandsbekämpfung“ raus aus Afghanistan

Ute Finckh

Unter dem Titel „Vorrang für Zivil! Neue deutsche Strategie für Afghanistan?“ fand vom 7. bis 9. April eine Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum statt, bei der die Liste der Referentinnen und Referenten sowie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der offiziellen Politik über Expertinnen und Experten mit praktischer Afghanistan-Erfahrung bis zur Friedensbewegung reichte. Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass es keine neue deutsche Strategie für Afghanistan gibt, schon gar nicht eine, die das Etikett „Vorrang für Zivil!“ verdient.

Die Vertreter der offiziellen Politik betonten überwiegend, dass sie fest an den kombinierten zivil-militärischen Ansatz der USA glauben, der auf „Aufstandsbekämpfung“ fokussiert ist mit den vier Bestandteilen:

- Search (Suche nach „Aufständischen“)
- Clear (auch der Afghanistan-Referent aus dem BMZ gebrauchte allen Ernstes den Begriff „Säubern“, gemeint ist das Töten, Festnehmen, Vertreiben der „Aufständischen“)
- Hold (Sicherstellen, dass besagte „Aufständische“ nicht wiederkommen, durch militärische bzw. Polizeipräsenz, wobei die afghanische Polizei ja nicht viel mit Polizei in unserem Sinne zu tun hat)
- Build (ziviler Aufbau).

Auf die Frage, wie in einem Land, in dem praktisch alle Männer bewaffnet sind, „Aufständische“ identifiziert werden sollen, und wie mit dem dauernden Konfliktpotenzial, das durch die Vertreibung von Bewaffneten entsteht, umgegangen werden soll, gab es auf der Loccumer Tagung keine Antwort. Deutlich wurde auch, dass Bundesregierung und Bundestag nicht vorhaben, sich ernsthaft um die Frage zu küm-

mern, wie mit den Regionalkonflikten, die den afghanischen Bürgerkrieg mit schüren (insbesondere dem Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan), umgegangen werden könnte.

Der zivile Aufbau steht nicht nur zeitlich an vierter Stelle. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter bestätigte ausdrücklich, dass es keine zivile Strategie für Afghanistan gibt. Wie üblich wurde dies auch von den Bundeswehr-Vertretern bemängelt, die auf Tagungen seit Jahren eine Stärkung des zivilen Aufbaus (und erst an zweiter Stelle bessere Ausrüstung) fordern. Inzwischen scheint es in der Bundeswehr auch zumindest ein Bewusstsein dafür zu geben, dass die Unabhängigkeit von Hilfsorganisationen oder bestimmte entwicklungspolitische Grundprinzipien („do no harm“) gute Gründe haben und dass „quick impact“ meist langfristig kontraproduktiv ist. Aus den deutschen Richtlinien für zivil-militärische Zusammenarbeit ist die Begründung „force protection“ dementsprechend inzwischen gestrichen.

In der NATO gilt diese Devise, nach der die zivilen Maßnahmen das Militär schützen sollen (und nicht etwa umgekehrt, wie die Bundesregierung vorschreibt), jedoch weiterhin und die Vertreter der Bundesregierung zeigten sich fest entschlossen, ihre Hände in Unentschlossenheit zu waschen. Inzwischen wurden übrigens, wie Ottfried Nassauer vom Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit beschreibt, innerhalb der NATO die Befehlsstrukturen geändert, so dass der US-General McChrystal, anders als seine Vorgänger militärische Operationen im ganzen Land anordnen kann und somit auch das ISAF-Kontingent der Bundeswehr seinem Befehl unterstellt ist. (taz, 17.04.10)

Doch wie Andreas Zumach in seinem Schlusswort resümierte, können auch

(Fortsetzung auf S. 4)



NATO-Soldaten sollen nur Aufständische und Terroristen bekämpfen. Foto: US Marines



NATO-Soldaten töten aber auch ZivilistInnen, wie in diesem Haus. Foto: Kelly Campbell



Deutsche Friedensbewegte wollen den Abzug der NATO-Soldaten. Foto: DFG-VK

Diesmal

Fallen der Konfliktbearbeitung?
Sofortiger Abzug aus Afghanistan?
Studententag zur Gewaltfreiheit
Rezensionen: Israel und Palästina
Hintergrund- u. Diskussionspapiere

Christine Schweitzer

mit der sogenannten „Neuen Afghanistan-Strategie“ ist es US-Präsident Obama gelungen die Reihen der Regierungen zu schließen. Bundesregierung und Bundestag haben die Schotten dicht gemacht und entziehen sich jeder Diskussion, die ein Scheitern ihres „letzten Aufgebots“ auch nur in Frage stellt.

An dieser Blockadehaltung prallen zur Zeit alle Alternativkonzepte der ExpertInnen wie auch von Friedensbewegungen, Entwicklungsinitiativen und afghanischer Zivilgesellschaft ab. Das Fenster der Möglichkeit vom Ende des Jahres, den Vorrang für Zivil immerhin zu diskutieren, hat sich wieder geschlossen.

Dennoch sollten wir nicht verzweifeln. Wie sich am Kampf für die Freie Heide, aber auch an den beeindruckenden Koalitionen der internationalen Friedensbewegung für die Abschaffung der Atomwaffen und der Landminenkampagne zeigt, ist die Friedensbewegung durchaus „erfolgsfähig“. Vor allem aber sind die Mehrheiten in Deutschland und weltweit immer noch eindeutig gegen den Krieg. In den Worten von Barbara Supp im Spiegel vom 26.04.2010: „Kommunikationsproblem. So heißt das immer, wenn die Regierung etwas anderes will als das Volk. Das Volk glaubt nicht, dass dieser Krieg mit den Toten und der Wut, die er schafft, die Welt sicherer macht. Die große Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Krieg. Der Krieg ist fremd geworden, erfreulich fremd. Deutschland wurde zivil, nach zwei fürchterlichen Weltkriegen. Es ruft nicht mehr nach militärischen Helden, das ist das Beste, was man über dieses Land sagen kann.“

Angesichts dessen ist das Ja zum Krieg der Regierung so stabil wie die Forderung nach Steuersenkungen der FDP.



Schon bei der nächsten Krise wird sich die Regierung wieder bewegen. Leider müssen wir uns schon heute darauf vorbereiten.

Ihr Björn Kunter

Die Institutionalisierung Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) ist einer der wesentlichen Erfolge, den die Zivilgesellschaft in den vergangenen fünfzehn Jahren erreicht hat.¹ Ohne die Friedens- und gewaltfreie Bewegung – insbesondere die Auseinandersetzungen nach 1989 um die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, im Irak (1990-91) sowie in Somalia und den Genozid in Ruanda hätte sie nicht das heutige Ausmaß der Institutionalisierung erreicht. Der Zivile Friedensdienst, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, die vom BMZ finanzierte Arbeitsgruppe Frieden und Entwicklung, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze ZIF, die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte durch das Auswärtige Amt, abgewickelt durch die Vorfeldorganisation zivik und natürlich der Aktionsplan 'Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung' stehen für diese Institutionalisierung.

Waren zuvor Alternativen die Sache einer kleinen radikal-gewaltfreien Minderheit (Soziale Verteidigung, Friedensarmeen), ist an die Stelle des alleinigen Rufs nach „Stoppt ...“ die Forderung nach Alternativen, nämlich ZKB, zu einem weithin anerkannten Denkmuster geworden. Ich persönlich kann mich an solche Diskussionen erstmals in der Zeit des UN-Ultimatums gegen den Irak im Winter 1990-91 erinnern, wo eine Arbeitsgruppe aus dem BSV sich mit der Frage beschäftigte, ob die Besetzung Kuwaits nicht auf gewaltlosem Wege beendet werden könnte, und gleichzeitig wir und die War Resisters International uns mit einer Anfrage aus Slowenien auseinandersetzten, bei der es um den kurzfristigen Aufbau sozialer Verteidigung ging. Damals war eine solche Suche nach Alternativen etwas Besonderes - heute wird eigentlich bei allen Krisen und Konflikten die Frage nach ZKB als Alternative zur herrschenden Politik gestellt. Gleichzeitig ist auch das Bewusstsein dafür gewachsen, welches gewaltige Methodenrepertoire die ZKB besitzt, wobei manche dieser Methoden auch erst in den letzten zehn bis zwanzig Jahren entwickelt wurden.²

Viele der Gruppen und Organisationen

aus der Friedensbewegung, die herkömmlich Protest und Lobby in Deutschland betrieben haben, haben seit den 1990ern angefangen, auch Projekte in anderen Ländern durchzuführen. Dadurch ist ein intensiver Austausch und eine Überlappung der bis dahin recht getrennten Sphären von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf der einen und Friedensarbeit auf der anderen Seite über die schon alte und immer bestehende Querschnittsmenge der (zumeist kirchlichen) Friedensdienste hinaus entstanden.

Doch es steht nicht alles zum Besten mit der ZKB, was vor allem damit zu tun hat, dass von Regierungsseite (und das nicht erst seit der letzten Wahl) der Vorrang, was politische Prioritäten und die Zuteilung von Ressourcen angeht, halt nicht bei „zivil“, sondern bei militärischen Einsätzen wie dem in Afghanistan liegt.

Lutz Schrader, Holger Niemann und Tobias Deibel sprechen in einem Artikel, der demnächst in einem Jahresband der AFK erscheinen wird, von zwei „Fallen“, der Beratungs- und der Instrumentalisierungsfall. Es gibt neben diesen aber noch ein paar weitere Fallen.

1. Die **Instrumentalisierungsfall**: Für die Politik ist Zivile Konfliktbearbeitung in der Tat vorrangig ein passgenauer Baustein in einer Gesamtstrategie mit bestimmten politischen Zielsetzungen (Marktwirtschaft, Demokratie, Sicherung der eigenen Position und Besitzstände), die auf Militär als letztes Mittel nicht verzichten mag. Zivile Instrumente werden vorrangig gefördert, wo sie als adäquater als militärische angesehen werden, z. B. in der Konfliktprävention, als ziviles Element in komplexen Missionen der Friedenskonsolidierung oder in Situationen, wo eine Militärintervention aus welchen Gründen auch immer nicht in Frage kommt. Natürlich ist es schon ein Fortschritt, dass die Bedeutung und Wirksamkeit solcher Instrumente vom ‚Mainstream‘ anerkannt werden. Und wichtig, dass dies nicht wieder zurückgefahren wird. Aber ihre Vermischung mit militärischen Mitteln, sei es, dass das Militär zivile Wiederaufbauhelfer „schützen“ soll, sei es, dass das Militär zu-

nehmend selbst solche zivilen Aufgaben wahrnimmt – von humanitärer Hilfe in Kundus bis hin zu Schulungen in Gewaltprävention in Klassenräumen(!) – ist nicht hinnehmbar.

2. Die **Beratungsfalle** ist ein Problem vor allem der Friedensforschung, deren Forschungsinteresse sich „vermehrt an den Desideraten staatlicher Akteure orientiert“ (Schrader et al.). Die kritische Hinterfragung dessen, was man da erforscht und für wen, tritt in den Hintergrund oder bleibt manchmal ganz aus.

3. Zum Dritten gibt es das, was ich als die **Pazifismus-Diskussions-Falle** bezeichnen möchte, und die am letzten Punkt unmittelbar anknüpft. Ich komme immer mehr dazu, zu vertreten, dass es gar nicht darauf ankommt, ob „es Situationen gibt, in denen doch nur Militär hilft“ – der berühmte Sonderfall, die echte Ultima Ratio. Es geht nicht darum, zu streiten, ob nicht die UN-Truppen in Ruanda 1994 verstärkt und mit einem Mandat unter Kapitel VII ausgestattet hätten werden sollen. Selbst Gandhi zog die Gewalt dem Nichtstun vor. Es geht darum, dass mit diesem Argument der Ultima Ratio riesige Investitionen in Rüstung und Militär gerechtfertigt werden, und dass der Begriff der „humanitären Intervention“ als zusätzlicher Deckmantel neben dem der „Verteidigung“ im „Krieg gegen den Terror“ für alle Sorten von Kriegen erhalten muss. Darunter auch schlichte internationale Angriffskriege wie die auf Afghanistan 2001 und den Irak 2004.

4. Eine vierte Falle würde ich als die **Alternativenfalle** bezeichnen. Es gibt nicht zu allem, was die Politik heute auf die Agenda setzt, eine passgenaue Alternative. Der Extremfall dieser Falle wäre, wenn man überlegen würde, wie man denn mit gewaltlosen Mitteln den Irak oder Afghanistan besetzen könnte. Für vieles gibt es keine Alternative auf der gleichen Ebene, sondern eher die Dinge, die als alternative Globalisierung auf den Weltsozialforen diskutiert werden.

5. Der Psychologe und Mitarbeiter des IFGK Albert Fuchs schlug eine weitere, verwandte Falle vor, die er als die „**Gut-**



Kati Hötger



Sjörs Beenker

Die Termine der NP-Tour 2010

19. Mai, 10.00, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Ratingen

20. Mai, 10.00, Martin-Luther-King-Gesamtschule Ratingen

21. Mai, 10.00, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Ratingen

25. Mai, 19.00, linksjugend solid in Kassel

26. Mai, 9.30, Emmauskirche Herford, **12.35** Hauptschule Herford

27. Mai, 11.00, Hauptschule Gerken Wickede

28. Mai, 8.00 u. 10.00, Erich-Kästner-Hauptschule Dülmen

31. Mai, 7.45, Gymnasium Nottuln, **14.00** Universität Osnabrück,

19.00 Friedensinitiative Nottuln Havixbeck

1. Juni, 10.00, Kurt-Tucholsky-Gesamtschule Minden,

13.00 BSV-Büro Minden

2. Juni, 14.15, Dietrich Bonhoeffer Gymnasium Ratingen,

19.30 Eine Welt Kreis Velbert

15. Juni 19:30 Ev. Kirchengemeinde Budberg

Auf den Veranstaltungen berichten die Friedensfachkräfte Kati Hötger oder Sjörs Beenker über ihre Arbeit mit Non-violent Peaceforce Sri Lanka. Gerne können auch Sie an den Veranstaltungen teilnehmen. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an den BSV (0571 29456). Aktuelle Informationen finden Sie auch unter www.soziale-verteidigung.de

menschenfalle“ bezeichnet und die mit der vorherigen zusammenhängt. Es besteht durchaus eine Gefahr, dass man vor lauter „positivem Denken“ die negativen Entwicklungen und die entsprechenden Herausforderungen zu Widerstand übersieht. Es genügt nicht, „Vorrang für zivil“ zu fordern – das eindeutige „Nein“ zum Krieg in Afghanistan, zu den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran usw. ist genauso wichtig.

6. Eine sechste Falle ist die **Unparteilichkeitsfalle**: Mit dem Mainstreaming der ZKB und der Betätigung von Friedensorganisationen im internationalen Feld hat das Instrument der klassischen Solidaritätsarbeit an Gewicht verloren, ja ist manchenorts geradezu suspekt geworden. Dabei kann ZKB auch – und Leute wie Diana Francis, Hildegard Goss-Mayr, John Paul Lederach und andere haben dies auch schon seit langem immer wieder eingefordert – eine Unterstützung derjenigen bedeuten, die sich gegen ihre eigene oder fremde

Regierungen zur Wehr setzen, die für Menschenrechte, ökonomische und politische Selbstbestimmung oder für einen anderen politischen Kurs ihres Landes eintreten.

Ein Schlusssatz: Es hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren viel im Bereich der Konfliktbearbeitung verändert. Eine Unzahl von Instrumenten gehören heute zum Standardrepertoire. Aber Konfliktbearbeitung ist eine politische Aufgabe, mit einer politischen Agenda und auch mit einer Vision, nämlich der einer Welt, in der Konflikte nicht durch Gewalt, sondern durch die Suche nach gerechten Lösungen und nach Transformation bearbeitet werden. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

1 Dieser Artikel ist eine Überarbeitung eines Thesenpapiers auf der diesjährigen Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

2 Vergleiche die Studie „Erfolgreich Gewaltfrei“; www.erfolgreich-gewaltfrei.de.

Debatte: Wie wichtig ist der sofortige Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan?

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Bernhard Nolz

Die Forderung nach einer zivilen Friedensstrategie ist untrennbar mit dem sofortigen Abzug der ausländischen Besatzungstruppen verbunden. Denn alle Versuche, die afghanischen Probleme aus einer neo-kolonialistischen Perspektive von außen zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Wir sehen ganz nüchtern und klar, dass die Bundesregierung mit der Bundeswehr in Afghanistan wie die anderen Armeen auch nur Unheil anrichtet.

Insofern erliegt Ute Finckh einer affirmativen Scheinrationalität, wenn sie (in der „Sozialen Verteidigung“ 1/10) untersuchen lassen will, was die Kriegsbeteiligung der Bundeswehr in Afghanistan bewirkt und welchen Schaden sie angerichtet hat. Sie übernimmt die Kriegslogik der für den Krieg Verantwortlichen, sodass die Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan genauso verloren geht wie die Forderung nach einer konsequenten deutschen Friedenspolitik. Statt die deutsche Kriegsbeteiligung sofort zu beenden, sollen erst einmal die Kriegsfolgen evaluiert werden. So sieht ein Programm zur Verhinderung von Frieden aus.

Indem Ute die Diskussion der völkerrechtlichen Legitimität auf ein Ablenkungsmanöver reduziert, trägt sie zudem dazu bei, die strikte Ablehnung des Einsatzes von kriegerischen Mitteln, die der BSV vertritt, genauso zu erodieren wie die juristischen Ansätze von IALANA (Juristen für den Frieden), die

Ute Finckhs Artikel in der letzten Ausgabe der „Sozialen Verteidigung“ hat innerhalb des BSV-Vorstands eine E-Mail-Debatte darüber ausgelöst, mit welchen Forderungen und Konzepten die Friedensbewegung eine Beendigung des Afghanistan-Krieges erreichen kann. Dabei fiel uns auf, dass die Frage nach dem „sofortigen Abzug“ bzw. dem „Abzug im Rahmen einer Friedensstrategie“ zwar in vielen Debatten mitschwingt, jedoch auch innerhalb der Friedensbewegung nicht offen geführt wird. Zur Verdeutlichung und als Startpunkt einer auch im BSV noch nicht abgeschlossenen Diskussion dokumentieren wir hier die wichtigsten Argumente aus der in mehreren Mails geführten Debatte zwischen den beiden BSV-Vorsitzenden. Wir freuen uns auf Ihre und Eure Reaktionen.

zur endgültigen Delegitimierung der Kriegseinsätze der Bundeswehr führen sollen. Völlig ausgeblendet hat Ute das Friedensgebot der UN-Charta und die Verpflichtung der Staaten, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen, was auch rechtlich durchzusetzen wäre.

Die Bundesregierung führt Krieg. Daran ist nichts Gutes zu finden. Für einen Frieden mit friedlichen Mitteln liegen alle Instrumente bereit.

Dabei muss beachtet werden, dass alle Entwicklungen in Afghanistan unter dem US-amerikanischen Gewaltmonopol stehen. Wie viele Berichte belegen, steht gerade der Drogenanbau und -handel unter der besonderen Kontrolle der CIA. Der Drogenhandel reicht bis in die Karsai-Regierung hinein. Das ist aber auch alles bekannt. Es geht eben nicht um die Bedingungen für Frieden in einem unabhängigen Land, sondern darum, dass Afghanistan neo-kolonialistischen Zwängen unterliegt, die die Bundesregierung mit Hilfe der Bundeswehr fortführt und unterstützt. Es geht um ein Besatzungsregime.

Über Demokratie, über Drogen, über Frauenrechte kann man daher erst reden, wenn Frieden ist, d.h. wenn keine ausländischen Soldaten mehr in Afgha-

nistan sind und die afghanischen Parteien sich geeinigt haben, wobei deutsche Friedensfachkräfte helfen könnten.

Alles geht nur, wenn keine Besatzer mehr machen können, was sie wollen. Das sieht man doch im Irak und in Palästina deutlich genug.

Was sollen die kolonialistischen Anmaßungen? Warum sollten wir Lösungen für eine Frage haben, die die Afghanen selbst lösen können? Wenn die Bundeswehr weg ist aus Afghanistan, dann können wir und die AfghanInnen miteinander abklären, was nun in Afghanistan gebraucht wird. Das könnte dann Zivile Konfliktbearbeitung genannt werden.



Kriegsopfer in Afghanistan

(Fortsetzung von S. 1)

die NATO-Truppen in Afghanistan keinen militärischen Sieg erringen. „Im besten Fall können sie noch einen einigermaßen geordneten Rückzug unter Gesichtswahrung erreichen und unter Zurücklassung eines vorübergehend oberflächlich befriedeten Landes. Dieses im Vergleich

zu den ursprünglichen Begründungen für die Afghanistan-Mission erheblich reduzierte Ziel strebt US-Präsident Barack Obama bis Ende 2011 an, rechtzeitig vor seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit im Weißen Haus. Doch auch dieses abgespeckte Ziel ist nur erreichbar, wenn die NATO den Krieg jetzt deeskaliert, ihn dann mit einem offiziell erklärten Waf-

fenstillstand beendet und den Abzug ihrer Truppen ankündigt. Sollte die NATO den Krieg aber, wie derzeit noch geplant, in den kommenden Monaten mit neuen Militäroffensiven weiter verschärfen, wird es noch viel mehr „schwarze Tage“ für die Bundeswehrtruppen geben und auf allen Seiten noch viel mehr sinnlos getötete und verwundete Menschen.“¹

Eine zivile Aufbaustrategie für Afghanistan!

Ute Finckh

Die Anwesenheit des deutschen ISAF-Kontingents in Afghanistan für das Hauptproblem des Landes zu halten, ist eine deutschlandzentrierte Sicht. Es mag in unserem eigenen Interesse sein, die völkerrechtliche Legitimität des Afghanistan-Mandats der NATO oder die Frage von Kriegsverbrechen zu diskutieren. Wir sollten dann aber so ehrlich sein, hinzuzufügen, dass diese Diskussion

kein Beitrag zur Lösung der wichtigsten Probleme des afghanischen Volkes ist, sondern im besten Fall ein Beitrag zur Aufarbeitung der Frage, warum Deutschland diese Probleme acht Jahre lang mit verschärft hat.

Viel entscheidender ist es, dass es bis heute keine zwischen Geberländern und afghanischen Institutionen abgestimmte Friedensstrategie gibt und die Instrumente einer erfolgverspre-

chenden zivilen Hilfe allenfalls im Pilotstadium existieren.

Außerdem beschreiben Hilfsorganisationen und ihre afghanischen Partner, dass es nach wie vor Gebiete in Afghanistan gibt, in denen der Kampf zwischen ISAF und Aufständischen derzeit keine Rolle spielt. In diesen Gebieten müsste Wiederaufbau bzw. Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen jetzt schon möglich sein. Zudem betreiben Organisationen wie die Welthungerhilfe in einigen Kampfgebieten Projekte, die trotz des ISAF-Einsatzes den Menschen vor Ort helfen (die WHH musste allerdings ihr Projekt in Kundus aufgeben). Sie können gut begründen, dass es Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit nach dem Abzug der ISAF-Truppen ist, jetzt schon Hilfsprojekte zu betreiben, dass dies aber einen geordneten, schrittweisen und nicht einen „sofortigen“ Abzug der ISAF voraussetzt.

Erschwert wird die Arbeit der Hilfs- und Friedensorganisationen durch das Dilemma, dass es in Afghanistan inzwischen eine Drogen- und Gewaltökonomie gibt, die unabhängig vom ISAF-Einsatz ist. Thomas Gebauer von medico international hat vor einiger Zeit sinngemäß formuliert: In Afghanistan ist ein einziger vom internationalen Eingreifen unabhängiger Wirtschaftszweig entstanden: Drogenanbau und -handel. Das einzige Instrument, mit dem die Drogenökonomie samt ihres Gewaltpotenzials kurzfristig eingeschränkt werden könnte, wäre eine zeitlich befristete Legalisierung von Heroin in den Hauptverbraucherländern. Also u.a. in Deutschland. Oder der Aufkauf der gesamten Ernte unter militärischem Schutz (aber das wäre schon wieder

kein ziviles Mittel). Doch wie realistisch ist es, eine Legalisierung von Heroin in Deutschland kurzfristig zu erreichen?

Die Drogen- und Gewaltökonomie in Afghanistan wird sich jedenfalls bei einem Abzug der ISAF-Truppen nicht einfach in Luft auflösen. Schon heute wird sie auf 45 % des Bruttosozialprodukts des Landes geschätzt (Tendenz steigend). Und zwar deswegen, weil Heroin konkurrenzlos hohe Profite bringt, nicht weil die Anwesenheit fremder Soldaten die Heroinproduktion fördert. (Anders als im Vietnamkrieg scheinen sie nicht groß als Konsumenten aufzutreten.)

Wir kommen um die Entwicklung einer zivilen Strategie zur Unterstützung Afghanistans nicht herum, und weil dazu eine Menge Dinge gehören, die nicht durch NGOs geleistet werden können, müssen wir eine solche Strategie (und nicht nur finanzielle Mittel) bei der Bundesregierung einfordern. Das ist mühsam und ich bin nicht sehr optimistisch, ob es uns gelingt. Ich fürchte, dass die Bundesregierung auf die neue militärisch-zivile Strategie der USA setzt, die zum Scheitern verurteilt ist, und es tatsächlich in absehbarer Zeit einen Abzug aus Afghanistan geben wird (mit Schuldzuweisung an die afghanische Regierung, die „ihre Verpflichtungen nicht erfüllt hat“). Ich bezweifle aber, dass durch einen solchen Abzug ein ziviler Aufbau mit friedlichen Mitteln in Gang kommt, befürchte stattdessen, dass der Bürgerkrieg sich fortsetzen wird. Wir könnten uns dann natürlich darüber freuen, dass keine deutschen Soldaten mehr Leben, physische und psychische Gesundheit in Afghanistan riskieren müssen. Aber zumindest meine Freude wäre in einem solchen Fall nicht ungetrübt.



Foto: Pixelio

Bleibt nur noch die Frage ob es der Bundesregierung gelingt, ihre „Nicht-Strategie“ durchzuhalten, oder ob sich die Mehrheit der Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug durchsetzt. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz werden dabei wohl weder die Sorge um die Menschen in Afghanistan, noch getötete Bundeswehr Soldaten,

geschweige denn die von diesen getöteten Afghaninnen und Afghanen eine Rolle spielen, sondern allein die Termine der nächsten Wahlen.

Die Evangelische Akademie Loccum plant, die Beiträge der Referentinnen und Referenten der Tagung vom 7. bis 9. April auf ihrer Homepage zu

veröffentlichen. Sie werden voraussichtlich unter <http://www.loccum.de/material/material.html> eingestellt.

¹ zitiert aus „Alles verloren am Hindu-kusch“ in ver.di publik Nr. 4/2010 S. 15, vgl. http://publik.verdi.de/2010/ausgabe_04/gesell/meinung/seite-15/A2

Studientag „Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit“

Achim Schmitz / Christine Schweitzer

Wie vor einem Jahr ging das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de) nach Baden-Württemberg: Am 13.3.2010 lud es zusammen mit der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und Ohne Rüstung Leben zum Studientag in die ESG in Heidelberg ein. Etwa 30 Menschen folgten der Einladung.

Eingeleitet wurde der Studientag durch einen Plenarvortrag „Von der Banalität des Guten – Zivilcourage und ziviler Widerstand im Nationalsozialismus und in der Gegenwart“. Werkstatt-Mitarbeiterin Renate Wanie sprach über die Bedeutung und Voraussetzungen für zivilen Widerstand im Nationalsozialismus. Am Beispiel des Widerstands der dänischen Bevölkerung während der deutschen Besatzung, besonders der Rettung der großen Mehrzahl der dänischen Juden 1943, zeigte Renate Wanie, wie gewaltfreier Widerstand selbst unter extremen Umständen wirksam werden kann. Hier ein Textauszug aus dem Buch „Gewaltfrei gegen Hitler? Ein Volk praktiziert zivilen Widerstand. Ausstellung über die Rettungsaktion von 7000 Juden und Jüdinnen in Dänemark, Oktober 1943. Info + Ausleihe: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden - Büro Heidelberg, Tel. 06221-161978, buerlo.heidelberg@wfga.de. Renate Wanie schlug dann den Bogen zu den Beweggründen für Zivilcourage in der Gegenwart: Es geht dabei u. a. um das Wiederherstellen von Menschenwürde und die Orientierung an persönlichen ethischen Wertvorstellungen als Ziele bzw. Voraussetzungen.

In Arbeitsgruppen wurden sechs weitere spannende Themen vorgestellt

und diskutiert. Die Ethnologin Bianca Percic aus Hamburg stellte ihre Magisterarbeit zu traditionellen Institutionen der Konfliktbearbeitung am Horn von Afrika vor. In einem Vergleich zwischen Somalia und Somaliland, das sich 1991 von Somalia abgespalten hat, und seitdem praktisch selbstständig wenngleich international nicht anerkannt ist, zeigte sie, wie es in Somaliland gelang, durch Rückgriff auf traditionelle Formen der Konfliktregelung durch Clan-Älteste den Bürgerkrieg beizulegen. Wohl eher nicht trotz, sondern weil Somaliland praktisch keine Aufmerksamkeit von Seiten internationaler Interventen gefunden hat.

Marie Eugenia Lüttmann von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden stellte ein Buch von Pat Patfoort vor: „Sich verteidigen ohne anzugreifen. Die Macht der Gewaltfreiheit“. Pat Patfoort vertritt dort, dass Menschen in einem Handlungssystem gefangen sind, das dazu geeignet ist, Konflikte eskalieren zu lassen. Sie nennt es das „Mehr-Minder-Modell“. In ihrer langjährigen Praxis hat sie ein Gegenmodell der Gleichrangigkeit entwickelt, aus dem gewaltfreie Lösungen erwachsen können. Marie-Eugenia Lüttmann zeigte in ihrer Arbeitsgruppe die Arbeit mit diesem Modell auf anschauliche Weise, indem sie eine Teilnehmerin bat, einen Konflikt aus jüngerer Zeit zu beschreiben; die anderen TeilnehmerInnen analysierten ihn dann anhand der Parameter von Patfoort. Das gewählte Beispiel war nicht ohne Brisanz: Es ging um den Konflikt zwischen dialogbereiten Friedensbewegten und



Foto: Christine Schweitzer

radikalen KritikerInnen der Münchner Sicherheitskonferenz, bei der letztere eine pro-und-contra-Diskussion verhinderten.

In weiteren Vorträgen referierte Roland Vogt über den gewaltfreien Widerstand gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide, IFGK-Mitarbeiterin Gudrun Knittel regte zu einem kreativen und kommunikativen Austausch in einem dialogischen Verfahren in der Friedensbewegung und der Zivilen Konfliktbearbeitung an und Christine Schweitzer stellte ihre in Coventry (England) angefertigte Dissertation „Strategien der Intervention in gewaltsame Konflikte durch zivilgesellschaftliche Akteure. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien 1990-2002“ vor.

Achim Schmitz präsentierte zusammen mit Jürgen Menzel (act for transformation, Aalen) eine gemeinsam erstellte „FriedensBox“, in der sie didaktisch-methodische Materialien zur zivilen Konfliktbearbeitung zusammengetragen haben. Diese Box wird demnächst über die Regionalen Bildungsstellen des Programms „Bildung trifft Entwicklung“ ausleihbar sein (www.bildung-trifft-entwicklung.de).

Wer sich den Termin vormerken möchte: Der nächste Studientag findet am 9. Oktober in Köln statt.



Wir danken unseren Freiwilligen

Nadja Nickel (re.) und Mareike Schön (li.) unterstützten die Geschäftsstelle des BSV vom Februar bis Mai bzw. April. An dieser Stelle daher ein großes Lob für ihre unermüdliche Arbeit ohne die wir Projekte wie die derzeitige Schultour zur Nonviolent Peaceforce nicht verwirklichen könnten.



Rezension: Zwischen Nakba und Holocaust

Israelis, Palästinenser und Deutsche im „Dialog in Yad Vashem“ und in „Ferien vom Krieg“

Björn Kunter

Wenn Deutsche einen Dialog zwischen Palästinensern und Israelis über die Geschichte initiieren wollen, werden tieferliegende Konfliktschichten nach oben gebracht. Die „neutrale Position“ der Deutschen wird in Frage gestellt. Doch zur Beschäftigung mit der Geschichte der „Eigenen und Anderen“ gibt es keine Alternative. Das ist die Quintessenz der in diesem Jahr veröffentlichten Berichte über den „Dialog in Yad Vashem“ (1978-2000) und die Begegnungsmaßnahmen der Aktion Ferien vom Krieg (2002-2009).

Palästinenser und Israelis scheinen von ihrer eigenen Geschichte gefangen. Neben den „realen“ Problemen, die eine Lösung so schwer erscheinen lassen (Rückkehr der Flüchtlinge, israelische Siedlungen, Gewalt, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen, Jerusalem etc.), wird eine Lösung durch die Opfergeschichte beider Gesellschaften weiter erschwert. So leben Hunderttausende Palästinenser auch über 60 Jahre nach ihrer Vertreibung während der Nakba (Katastrophe) von 1947/48 in Flüchtlingslagern und geben die Schlüssel ihrer längst zerstörten Häuser an ihre Kinder weiter. Auch in Israel ist der Holocaust nichts „Vergangenes“. Wie eine israelische Teilnehmerin der Ferien vom Krieg erklärt, „... Ihr müsst kapieren, dass wir mehrmals am Tag damit konfrontiert sind. Morgens Holocaust, mittags Holocaust, abends Holocaust, sogar beim Schlaflied.“ (FvK, S. 30). Das jüdische Selbstverständnis ist geprägt von der Bedrohung der eigenen Existenz von altbiblischen Zeiten bis heute: Nicht zufällig werden im Witz alle jüdischen Feiertage wie folgt zusammengefasst: „Sie versuchten uns zu töten. Gott hat uns gerettet. Lasst uns essen.“ Gleichzeitig ist das Wissen über die Geschichte der Anderen kaum oder nur verfälscht vorhanden und beide

Seiten wehren sich dagegen emotional am Leiden der Anderen teilzuhaben.

Insofern beschreibt Henning Niederhoff in seinen Erinnerungen einen besonders tiefgehenden Dialogprozess einer gemischt palästinensisch-israelischen Gruppe, mit denen er die Gedenkstätte Yad Vashem und die Ruinen zerstörter palästinensischer Dörfer besuchte. Dabei steckt der Dialog gleich in mehreren Dilemmata. Zum einen sehen sich Palästinenser nicht nur mit der Shoah an sich, sondern auch mit deren Instrumentalisierung zur Legitimation der israelischen Staatsgründung konfrontiert. Eine Diskussion darüber ist für viele Israelis (und Deutsche) dagegen ein Tabubruch und kann nur gelingen, wenn eine Vertrauensbasis entstanden ist. Dann allerdings kann sie, wie Niederhoff am Beispiel der Darstellung des Mufti von Jerusalem Amin al-Husseini belegt, besonders produktiv sein.

Zudem sind viele Palästinenser überfordert, wenn sie die Geschichte jüdischen Leids von ihrer eigenen Besatzungssituation abstrahieren sollen. Gefangen in den eigenen tagtäglichen Erfahrungen mit israelischen Besatzungssoldaten ist es schwer, die besondere Dimension des nationalsozialistischen Terrors (an) zu erkennen. Wie sollen etwa palästinensische Jugendliche beim Besuch des Kölner Gestapogefängnisses während der Ferien vom Krieg nicht an die Zellen

der israelischen Gefängnisse denken, in denen sie inhaftiert waren? Auf israelischer (und deutscher) Seite ist die Nicht-Vergleichbarkeit des Holocausts dagegen meist eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf und den gesamten Dialog in Frage stellt.

Auf der anderen Seite ist es für Deutsche und Palästinenser nicht nachzuvollziehen, wie Israel nach der Erfahrung eigenen Unrechts selber ein Unrechtsregime in den besetzten Gebieten aufbauen und eine „rassistische“ Politik betreiben kann. Niederhoff verweist hier auf die unterschiedlichen Folgerungen aus der Shoah, die aus deutscher Sicht nur „Nie wieder Täter“ bedeuten kann, aus jüdischer Sicht aber mehrheitlich als „Nie wieder Opfer“ formuliert wird und so die eigene Täterschaft als präventive Notwehr legitimiert.

Mit Ausbruch der zweiten Intifada hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Dialog in Yad Vashem einstellen müssen. Treffen von Israelis und Palästinenser werden heute behindert, verhindert und kriminalisiert, so dass ein Dialog oftmals nur noch im Ausland möglich ist wie er von Ferien vom Krieg seit 2002 mit etwa 1200 Teilnehmern organisiert wurde.

Henning Niederhoff: „Dialog in Yad Vashem. Palästinenser, Israelis und Deutsche im Gespräch“, Lit-Verlag 2010. „Bericht über die Aktion Ferien vom Krieg“, Komitee für Grundrechte und Demokratie 2010, www.ferien-vom-krieg.de

IMPRESSUM

Hrsg.: BSV, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de
Redaktion und V.i.S.d.P.: Björn Kunter
Gestaltung: Kai-Uwe Dosch
Druck: art & image Minden



„Neue Wege aus der Gewalt“

Vor 15 Jahren wurde eine Lawine von Projekten zur Streitschlichtung, innergesellschaftlichen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention losgetreten. Nun müssen aus Projekten Strukturen werden, damit die Erfolge der „Pilotphasen“ unumkehrbar werden. Das forderten die Teilnehmenden der Jahrestagung des BSV vom 19.-21. März in Wittenberg.

Neue Hintergrund- und Diskussionspapiere

Europa zivil! Chancen und Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung in der Europäischen Union

Im Vorfeld der Europawahl diskutierte der BSV die Ansätze Ziviler Konfliktbearbeitung in der EU. Das Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 29 fasst die wichtigsten Erfahrungen und Fakten zusammen.

In einer historischen Analyse stellt Marek Voigt die Herausbildung der „EU als Zivilmacht“, die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Friedensorganisationen dar. Die BSV-Vorsitzende Ute Finckh beschreibt, wie Ansätze der ZKB auf deutscher und europäischer Ebene verankert sind.

Anschließend dokumentiert ein Papier die friedenspolitischen Forderungen, die von über 100 Organisationen aus verschiedenen Ländern im Rahmen der Kampagne „Europe, Vote for Peace!“ an die EU gestellt wurden. Eine Vorstellung der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich auf der europäischen Ebene für den Ausbau der ZKB einsetzen, rundet die Broschüre ab.

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 29, Bund für Soziale Verteidigung e.V., 24 Seiten, ISSN 1439-2011, Schutzgebühr 2,50 Euro, kostenloser Download auf www.soziale-verteidigung.de

Gewaltfrei gegen Besetzung: Irak – Afghanistan – Palästina

Trotz der Präsenz gewalttätiger Gruppen, Besatzungs- und Regierungstruppen gibt es im Irak, in Palästina und in Afghanistan politische Akteure, die Gewalt ablehnen und gewaltfrei für ihre politischen Ziele kämpfen. Diesen im Westen leider weitgehend unbekannt Gruppen widmete sich die BSV-Jahrestagung 2009, die wir im Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 28 dokumentieren.

Haider Al-Behadili und Annika Müller stellten in ihren Beiträgen die Arbeit der Vielzahl gewaltfreier Akteure im Irak und in Palästina vor. Für den Sudan beschreibt Jürgen Menzel, wie die Flüchtlingsorganisation SONAD die lange Tradition der Gewaltfreiheit im Islam (wieder) verbreitet.

Ein besonderer Schwerpunkt der Tagung war die Situation in Afghanistan. Dr. Yahya Wardak und der ehemalige BMZ-Beauftragte in Kundus, Herbert Sahlmann, skizzieren mögliche Wege zum Frieden und stellen dar, wie die Bevölkerung in diese Prozesse eingebunden werden müsste.

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 28, Bund für Soziale Verteidigung e.V., 32 Seiten, ISSN 1439-2011, Schutzgebühr 2,50 Euro, kostenloser Download auf www.soziale-verteidigung.de

Weitere Hintergrund- und Diskussionspapiere:

Nr. 27: Reine Zeitverschwendung? Ein offener Brief an Friedensstifter, Simon Fisher und Lada Zimina, Minden 2008, 53 Seiten, 4,- Euro

Nr. 26: Aus Gottes Frieden für gerechten Frieden - Ja und? Zur Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Albert Fuchs, Minden 2008, 22 Seiten, 2,- Euro

Nr. 25: Zum Verhältnis von Konflikt und Gewalt am Beispiel der Auseinandersetzung um die Menschenrechte in der Türkei, Christiane Möcker, Minden 2008, 49 Seiten, 3,50 Euro



Name:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Bitte senden Sie mir:

- den E-Mail-Newsletter des BSV
 Ex. Unterschriftenliste Afghanistan

Hintergrund- und Diskussionspapiere:

- Nr. 29: Europa zivil!, 2,50 Euro
 Nr. 28: Gewaltfrei gegen Besetzung, 2,50 Euro
 Nr. 27: Reine Zeitverschwendung?, 4,- Euro
 Nr. 26: Aus Gottes Frieden..., 2,- Euro
 Nr. 25: Menschenrechte in der Türkei, 3,50 Euro

Kostenlose Infoblätter:

- Zivile Konfliktbearbeitung
 Wege aus dem Krieg in Afghanistan
 Backfire

Kontakt: BSV, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019, info@soziale-verteidigung.de

Spendenkonto: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 49050101, Kto.-Nr. 89420814